

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Freie Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. zusätzlich beifolgend. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postanstalten, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, welche den Betrieb des Blattes verhindert, wird die Verantwortung für die Nichterreichung der Bestellungen nicht übernommen. — Abänderung eingeleiteter Bestellungen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.



Wagenpreis: die 8 gepaltene Baumzelle 20 Kpf., die 4 gepaltene Zelle der amtlichen Bekanntmachungen 40 Kpf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 64 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, den 16. März 1939

## Bernachlässigte Außenpolitik.

Es ist geradezu auffallend, mit welchem Eifer der französische Ministerpräsident sich auf der Genfer Abrüstungskonferenz seiner Aufgabe widmet, die ihm schon übertragen war, als er nur Mitglied des Kabinetts, aber nicht Regierungschef gewesen ist. Dr. Brüning hingegen ist nur für eine ganz kurze Zeit in Genf gewesen und fuhr aus innenpolitischen Gründen wieder in die Heimat zurück, sobald er seine Rede beendet hatte. Daß aber in Genf nur wenig vor den Kulissen, desto mehr hinter denselben vorgeht, abzu man nicht bloß, sondern weiß es, seit dort die letzten Vereinbarungen für den französischen Vorschlag der Donauföderation getroffen wurden. Außerdem „tat sich“ dank der emsigen Geschäftigkeit des Herrn Tardieu — er ist ja auch noch zu allem französischen Außenminister — doch zwischen Paris und London so manches, worüber man kaum Andeutungen erfährt; trotzdem ist unsicher zu erraten, daß hierbei das Reparationsproblem, auf deutsch: die Frage des Young-Plans und unserer Tributleistungen, allmählich in den Vordergrund rückt. Wenn es daneben von Genf her geradezu hagelt, Tardieu wolle auf der Abrüstungskonferenz selbst einen Stoß gegen Deutschlands Verlangen nach einer tatsächlichen Abrüstung und nach einer Rüstungsgleichheit führen, so erscheint ein derartiges Vorgehen verständlich, wenn man — wie Tardieu es tut und in der Leiharrede auf Briand in nicht gerade taktvoller Weise unterstrich — die ganze Politik Frankreichs auf das Hauptziel eingestellt hat: Unbedingte Aufrechterhaltung der Versailler Diktatbestimmungen. Das ist für die deutsche Entwaffnung ebenso wie für die deutschen Tribute. Schließlich soll in dieser Richtung auch der Plan der Donauföderation wirken. Und man darf angesichts der Vertriebsamkeit des Herrn Tardieu nicht vergessen, daß er dabei zum mindesten mit einem Auge auf die in nächster Zukunft erfolgenden französischen Sommerwahlen blickt, bei denen er sicherlich ein stark außenpolitisch gefärbtes Programm in den Kampf werfen wird.

Die Abrüstungskonferenz selbst gibt also nur gewisse Rahmen die Ausfüllung her, hinter denen sich ganz andere, für Deutschland hochbedeutende Dinge abspielen. Wie weit Tardieu wegen der Donauföderation bereits mit dem englischen Außenminister einig geworden ist, wird man wohl in den nächsten Tagen erfahren; denn in Genf soll eine Art Konferenz hierüber stattfinden, an der auch Deutschlands Vertreter teilnehmen wird. Daß dies Dr. Brüning nicht persönlich tut, muß man schon deswegen bedauern, weil Frankreich und England Außenminister in Genf anwesend sein werden, Italien einen besonderen Delegierten entsenden wird. Wenn man also vom deutschen Standpunkt aus nicht mit Unrecht die Genfer Abrüstungskonferenz schon heute als ein — Hornberger Schießen zu betrachten geneigt ist, so verlangen doch die Geheimverhandlungen anderer Art eine um so größere Aufmerksamkeit der deutschen Außenpolitik. Auch dann übrigens, wenn man in England aus wirtschaftlichen Gründen den Tardieu-Plan der Donauföderation immer noch sehr skeptisch beurteilt, weil er nicht die Frage löst, wo die „konföderierten“ Länder des Donaubens denn nun eigentlich ihren Überschuss an Agrarerzeugnissen absetzen sollen. Das aber ist die Kardinalfrage, um die man selbst auf den goldenen Krüden einer etwaigen französischen Anleihe doch nicht so ohne weiteres herumkommt.

Während die deutsche Innenpolitik bei uns das Hauptinteresse der Öffentlichkeit auf sich zieht, hat sich ja auch eine uns Deutsche besonders stark beunruhigende Streitfrage in einer für die deutschen Forderungen höchst ungünstigen Art zugespitzt: Der Konflikt in Memel. Die Litauer haben dort einfach ein Direktorium eingesetzt, das infolge seines absolut stalinischen Aussehens niemals vom Landtag gebilligt wird. Sowas will ganz bewußt den Konflikt auf die Spitze treiben, wenn nun der Landtag ein Misstrauensvotum gegen das neue Direktorium beschließt. Die Litauer kümmern sich gar nicht um die vor und von dem Völkerbundrat eingeleiteten Bemühungen, den Konflikt auf schiedsgerichtlichem Wege wenn auch nicht zu lösen, so doch wenigstens zu mildern. Auch die deutschen Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtages haben weitestenteils Entgegenkommen bewiesen, — darauf antwortet Sowas mit der völligen Utaufisierung des Direktoriums, mit der Ernennung von Persönlichkeiten, denen schon früher einmal der Landtag das Misstrauen ansprach und die damals infolgedessen wieder zurücktreten mußten. Offenbar will Litauen den Landtag jetzt auflösen, sobald er dieses Misstrauensvotum wiederholt, und wann dann Neuwahlen und die Einberufung des neugewählten Landtages stattfindet, ist eine Frage, die nicht durch das Memelstatut und die Verfassung des „autonomen“ Memellandes beantwortet wird, sondern nur durch die Gewalt. Besteht dort doch seit etwa sieben Jahren der — Belagerungszustand!

Es scheint allerhöchste Zeit zu sein, daß man über die Innenpolitik nicht allzu sehr die Entwicklung der Dinge außerhalb der deutschen Grenzen vergißt!

## Neue Kriegsgefahr im Fernen Osten.

### Nach Schanghai Tsingtau?

Gefährliche japanische Manöver in der Mandschurei. Im japanisch-chinesischen Konflikt scheint an der Schanghaifront jetzt Gefechtsruhe eingetreten zu sein. Der Mandschurei-Ausschuß, der zur Prüfung der Verhältnisse im Fernen Osten vom Völkerbund dorthin entsandt worden ist, ist jetzt endlich in Schanghai angelangt, und Japaner und Chinesen werden sich während seines Besuches sicherlich bemühen, ihm zu zeigen, daß jeder von ihnen friedfertig und der andere es ist, der immer wieder angefangen hat. Wenn der Besuch wieder abgereist ist, wird man sich keine Sorgen mehr aufwerfen und wahrscheinlich wieder weiterknaulen. Japan scheint bereits wieder an einem anderen Orte eine neue Aktion zu seiner „Sicherheit“ vorzubereiten. Nach japanischen Meldungen haben in Tsingtau neue japanische Kundgebungen stattgefunden. Zur Wahrnehmung der japanischen Interessen wurde der japanische Panzerkreuzer „Kuma“ nach Tsingtau entsandt. In Schanghai sing die Sache genau so an.

Die Ankunft des Mandschurei-Ausschusses des Völkerbundes wurde von der chinesischen Bevölkerung Schanghais mit großem Beifall aufgenommen. Es fanden große Studentenunruhen statt. Die Demonstranten trugen Fahnen mit Aufschriften, die den Friedenswillen der Chinesen verkündeten. Lord Lytton erklärte, der Völkerbundsaußschuß werde sehr gern zu einer Mitarbeit bei den örtlichen Verhandlungen zur Lösung des chinesisch-japanischen Streitfalles bereit sein, falls er dazu eingeladen werde.

In der Mandschurei spielen inzwischen die Japaner ein gefährliches Spiel. Eine japanische Division befindet sich zur Zeit auf dem Marsch nach Mandschuria an der mandschurisch-sibirischen Grenze, wo die chinesische Garnison gemuntert hat.

In russischen Kreisen wird der Warschauerfluß der japanischen Militärbehörde als ein gefährliches

Manöver bezeichnet, da ein so nahes Heranbringen japanischer Truppen an die russische Grenze zu einem Zusammenstoß mit den russischen Truppen führen könne.

Die neue mandschurische Republik ist auch insofern ein heißer Boden, als die chinesische Nanlingregierung gedacht hat, die mandschurische Selbständigkeit zu vernichten und man bemüht ist, innerhalb der Mandschurei Neutereien und Aufstände der chinesischen Truppen anzuzetteln, zu deren Niederämpfung Japan nur allzu bereit der mandschurischen Regierung ihre militärische Hilfe bietet. Der Diktator der Mandschurei, Pui, erklärt, daß, sollten die chinesischen Truppen versuchen, militärisch gegen die Mandschurei vorzugehen, sie auf den stärksten Widerstand stoßen werden. Die mandschurische Regierung werde verlangen, daß die Selbständigkeit der Mandschurei auch von chinesischer Seite anerkannt werde. Andernfalls werde der Kriegszustand zwischen beiden Seiten dauernd bestehen bleiben.

### Chinas Bedingungen.

Verhandlungen nicht unter dem Druck von Waffengewalt. Der chinesische Gesandte Yen hat im Auftrage seiner Regierung dem Präsidenten der Völkerbundversammlung mitgeteilt, daß die chinesische Regierung die große Entschlossenheit der Völkerbundversammlung für die weitere Behandlung des japanisch-chinesischen Konfliktes und die Einsetzung eines Sonderausschusses annehme. Die chinesische Regierung betont, daß für die Regelung des Konfliktes folgende Grundsätze maßgebend seien: Die Regelung dürfe nicht unter dem Druck von Waffengewalt erfolgen, und die Zurückziehung der japanischen Truppen müsse den Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorangehen. Die Mitgliedstaaten des Völkerbundes seien verpflichtet, keinerlei Lage anzuerkennen, die durch Mittel außerhalb des Völkerbundespaktes und des Kellogg-Paktes geschaffen sei.

## „Für Treu und Glauben!“

II. Eine Programmrede Direktor Wittes.

Im weiteren Verlauf der großen Tagung des Verbandes Sächsischer Industrieller im Vereinshaus zu Dresden hielt Direktor Wittes eine großangelegte Rede über das Thema

### „Treu und Glauben in der Krise“.

Treu und Glauben sei ein guter deutscher Begriff und trotzdem auf dem besten Wege, eine leere, nichtsiagende Formel zu werden. Das sei das schlimmste vielleicht, was einem Volke geschehen könne. Das Gesetz habe das Gebahren des ordentlichen Kaufmanns von je ganz besonders auf Treu und Glauben abgestellt. Die Kreise, die heute nach dem Wort handeln, „mache Geld, wenn es sein kann ehrlich, aber mache Geld!“ könnten Gott danken, daß sie sich nur vor den ordentlichen Gerichten und nicht vor einem Standesgericht ihrer Verursachung für ihren Leichtsinns, ihre Großmännlichkeit und ihre skrupellose Gier zu verantworten hätten. Fälle wie der der Jagaw erfüllten jeden ausländigen deutschen Wirtschaftler mit Scham. Es sei bemerkenswert, daß die Gesellschaft wie die Literatur den glücklichen Spekulant als tüchtigen Kerl feierte und nur der Mißerfolg zum Verbrecher mache. Mit Treu und Glauben sei es auch unvereinbar, durch Lurus und Verschwendung eine Kluft zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer aufzureißen. Derartige Sünden blieben lange im Bewußtsein haften, besonders wenn Millionen beschäftigungslos darben. Sucht nach Reichtum, ungeistige Lebenshaltung, Lust an Spiel und Spekulation seien noch immer Zeichen schwerster Krise gewesen. Dagegen sei der Eigenmut im Grunde die einzig wahre Triebfeder menschlichen Handelns, werde aber dadurch zum Böhle, wenn jeder danach trachte, den eigenen Nutzen in dem Nutzen anderer zu suchen. Sachsens Industrie brauche den Weltmarkt. Die dichtgebrängte Bevölkerung Sachsens brauche Erwerb über die Grenzen hinweg. Er betone dies, weil sich eine romantische Wirtschaftsauffassung breit mache, die sich am liebsten von einheimischen Eichel und Regenwürmern nähren möchte, und weil eine neue Wiederbelebung darauf aus sei, in Deutschland eine wirtschaftliche Antarktis zur Grundlage eines neuen Wirtschaftsliberalismus zu machen. Der Redner wandte sich sodann scharf gegen einige besonders trasse Mißstände des heutigen Wirtschaftslebens, wie gewisse Methoden der Preisdrückerei, Unsitte im Submissionswesen und vor allem gegen gewisse

### Erscheinungen der Konzern- und Großunternehmensbildung.

Scharf wandte sich Direktor Wittes sodann gegen die Politik der Großbanken, die heute mit den Steuergeldern der übrigen Wirtschaft saniert würden, und forderte vom Staat als Großbankier eine Abkehr von der sturen Politik des Realcredits und eine auf Treu und Glauben basierende

Sinwendung zum Personal-Kredit. Das neue Insolvenzrecht, besonders das oft schamlos ausgenutzte Vergleichsverfahren, nicht weniger aber auch das Sicherungsverfahren der sogenannten Osthilfe, werde eine grundstürzende Änderung des gesamten Kreditwesens bringen. Der Vortragende sprach sich sodann für eine Aufhebung aller Bindungen der Wirtschaft, für befristeten und gestaffelten Abbau der Arbeitslosenfürsorge, nötigenfalls unter zeitweiliger allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit und für eine innere Kreditaufnahme der öffentlichen Hand aus, zwecks schlagfertiger Arbeitsbeschaffung größter Stilles. Eine solche Erweiterung des Geldumlaufes wäre keine Inflation, selbst bei einer vorübergehenden Schwächung der Mark. In unermessbarer Höhe sei der Bedarf angestaut und nichts geschehe zu seiner Befriedigung. Wenn, was Gott verhüten möge, ein Krieg entstünde, so hätten wir

mit einem Schlage Arbeit und Geld in Hülle in Hülle, um Güter zu erzeugen, die zur Vernichtung ihrer selbst bestimmt seien. Warum mache man diese starken Kräfte nicht mit der gleichen Energie besseren Zwecken, nämlich dem Aufbau der Wirtschaft dienstbar? Eine Nationalisierung sei bisher nur an der Sache geschehen, da man dabei nicht an die Menschen gedacht habe, müsse sie unwirtschaftlich bleiben. Eine neue freie Wirtschaftsgestaltung und eine Neugestaltung der Haushaltsgestaltung des Staates seien die Voraussetzungen für eine Überwindung der Krise. Wir würden diese Krise auf alle Fälle überleben, es frage sich nur, wie! Der große Ausgleich für alle Spannungen, der Weg zu Arbeit und Wohlstand, Staatsstimm und Lebensfreude können nur gefunden werden, wenn sich die Wirtschaft und das ganze Volk in Selbstzucht auf Treu und Glauben besinnen, und wir unsere stützenden Kräfte auf den Stand unseres technischen Admensen heben. Gelänge es uns, dem alten, einfachen Grundgesetz von Treu und Glauben wieder zur Geltung zu verhelfen, werde trotz allem zu hoffen sein, daß die deutsche Wirtschaft wieder eine freie und gesunde werde.

Die Ausführungen Wittes fanden stürmische Zustimmung. Nach der Aufnahme von über hundert Firmen, die in den letzten Katastrophenjahren ein mehr als 50jähriges Jubiläum gefeiert haben, in das „Goldene Buch“ legte Dr. Schierig als Vertreter der industriellen Juntoren in temperamentvoller und weltanschaulicher Rede ein Bekenntnis zur Parole des Tages ab. Den Charakter einer Veranstaltung der gesamten sächsischen Wirtschaft erhielt die Kundgebung durch die Zustimmungserklärung von Prof. Dr. Kaster, der im Namen der sächsischen Wirtschaft, Landwirtschaft, des Groß-, Einzel- und Kleinhandels sprach.

### Finanzminister Hedrich gegen Versailles.

Von den Reden der übrigen Sprecher des Tages unter denen sich Vertreter der Reichsregierung und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie befanden, ist besonders bemerkenswert die Ansprache des